

SoVD stellt Positionspapier für eine solidarische und generationengerechte Rente vor

Jung und Alt gegen Altersarmut

Mit einer bundesweit angelegten Rentenkampagne zur Bekämpfung von Altersarmut macht der Sozialverband Deutschland (SoVD) mobil. „Gegen Altersarmut gibt es Lösungen, die bei den Ursachen ansetzen und das Rentensystem respektieren“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer am 23. August im Tagungszentrum der Bundespressekonferenz in Berlin. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses im SoVD-Bundesverband, Klaus Michaelis, stellte der SoVD-Präsident den zahlreich anwesenden Journalisten ein umfangreiches Positionspapier zur Sicherung einer armutsfesten, solidarischen und generationengerechten Rente vor.



Foto: Laurin Schmid

„Die Altersarmut steigt. Das spüren wir im Verband, und das belegen Zahlen des Statistischen Bundesamtes“, stellte Adolf Bauer zu Beginn fest. „560 000 Mitglieder gehören dem SoVD heute an. Ein großer Teil der Mitglieder, die in unseren Beratungsstellen Rat und Hilfe suchen, sind ältere Menschen, die kurz vor der Rente stehen. Wir beobachten diesen Trend mit großer Sorge.“

Aus Sicht des SoVD haben sowohl der Abbau staatlicher Regelungen auf dem Arbeitsmarkt als auch einschneidende Reformen in der Rentenpolitik

Bis auf den letzten Platz belegt war das Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin bei der Präsentation der SoVD-Rentenkampagne „Lieber nicht arm dran“.

die Ausbreitung von Altersarmut befördert. Beide Entwicklungen werden sich auch in Zukunft auswirken.

Frauen tragen ein hohes Risiko, im Alter zu verarmen

Der SoVD-Präsident machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass die einschneidenden Veränderungen in der Arbeitswelt nicht erst mit den sogenannten Hartz-IV-Reformen begonnen hätten. „Bereits seit Anfang der 1990er-Jahre

haben wir es mit zunehmender Arbeitslosigkeit, einer Ausweitung des Niedriglohnssektors und prekärer Beschäftigung zu tun“, erklärte Bauer. Als Negativbeispiele nannte er Minijobs, Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge.

Ein besonders hohes Risiko, im Alter zu verarmen, tragen nach Einschätzung des SoVD Frauen, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose sowie Solo-Selbstständige. „Insbesondere die Erwerbs-

biografien von Frauen weisen oft Lücken auf“, stellte Bauer fest. „Frauen übernehmen immer noch den Großteil der Familienarbeit – neben der Erziehungsarbeit zunehmend auch die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger.“

Erwerbsgeminderte und Behinderte häufig betroffen

Gleichzeitig arbeiteten Frauen häufig in schlechter bezahlten Jobs und müssten

Fortsetzung auf Seite 2

Damals gingen wir auf die Straße

SoVD-Mitglied der ersten Generation berichtet

Seite 5



Guter Wohnraum für viele Menschen

meravis GmbH setzt auf Nachhaltigkeit – Soziales und wirtschaftliches Denken

Seite 7



Wie sozial ist TTIP?

Ohne Öffentlichkeit: Europa und die USA verhandeln ein Abkommen

Seite 3



Nachbesserungen erforderlich

SoVD unterstützt Aufruf zur Verbesserung des Bundesteilhabegesetzes

Seite 4



Mit dem Bügeleisen ins Weltall

Vor 50 Jahren fliegt die „Raumpatrouille“ erstmals über den Bildschirm

Seite 24

Anzeige

Unsere Berater finden für Sie die passende Sterbegeldversicherung!

Entlasten Sie Ihre Angehörigen und decken alle Kosten ab!

- ✓ Aufnahme bis zum 85. Lebensjahr
- ✓ Keine Gesundheitsfragen
- ✓ Keine Wartezeiten
- ✓ Günstiger Gruppentarif für WVS-Versicherte

Jetzt kostenlos beraten lassen.
030 - 726 222 401
www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Blickpunkt

Noch vor wenigen Monaten wurden Prognosen zu höheren Zusatzbeiträgen in der gesetzlichen Krankenkasse vom Tisch gewischt. Umso größer sitzt jetzt der Schrecken bei vielen Versicherten: Bis 2020 könnten sich die Zusatzbeiträge verdoppeln – eine enorme Belastung für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Ohnehin zahlen sie seit Jahren immer mehr Gesundheitsleistungen aus eigener Tasche. Wie kann es sein, dass trotz guter Konjunktur und geringer

Arbeitslosigkeit die Ausgaben in der GKV höher sind als ihre Einnahmen? Die Krankenkassen führen die explodierenden Kosten auf die demografische Entwicklung, den technischen Fortschritt sowie auf den Einsatz innovativer Arzneimittel zurück. Auch die gesundheitliche Versorgung der in Deutschland Schutzsuchenden wird genannt. 2016 tragen das Präventionsgesetz und die Krankenhausreform ihr Übriges zur Kostensteigerung bei. Der SoVD fordert,

dass notfalls der Gesetzgeber eingreifen muss, um die Kosten zu dämpfen. Außerdem ist es aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass sämtliche Kostensteigerungen über Zusatzbeiträge auf dem Rücken der Versicherten getragen werden. Wir fordern eine gerechte Finanzierung mit Arbeitgeberbeteiligung, bei der die Versicherten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Beiträge zahlen!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident